

Gutes Essen für alle?

Streit in der Markthalle IX in Kreuzberg: Aldi-Bio oder Luxus-Fressmeile?

Seit Monaten gibt es Streit um die Markthalle Neun in der Kreuzberger Eisenbahnstraße. Es fing damit an, dass die Betreiber dem Aldi-Markt gekündigt haben.

Die Markthalle war 2011 von der städtischen Berliner Großmarkt GmbH privatisiert worden. Im Rahmen eines Konzeptverfahrens vergab der Liegenschaftsfonds sie zum Festpreis von 1,15 Millionen Euro an die heutigen Betreiber Florian Niedermeier, Bernd Maier und Nikolaus Driessen. Seitdem hat sich der Bodenrichtwert verzehnfacht, von 400 auf 4.000 Euro pro Quadratmeter.

Damals gab es drei Discounter in der ansonsten weitgehend ungenutzten Markthalle. KiK und Droscha sind schon länger raus, nur Aldi ist geblieben. Das Konzept der Erwerber, das dem Kaufvertrag zugrunde liegt, sah vor, dass anstelle von zwei Discountern die Marktfläche vergrößert wird. Vertraglich vereinbart war ebenfalls, dass nach einer Übergangszeit mit wöchentlich zwei bis drei Markttagen ein „kleinteiliger, dauerhafter Wochenmarkt“ auf 1.550 Quadratmetern angeboten wird. So geht es aus einer Antwort der Senatsverwaltung für Wirtschaft auf eine Anfrage der Abgeordneten Gaby Gottwald und Harald Gindra (Die Linke) hervor. Laut Senatsverwaltung begann diese letzte Phase im September 2016.

Event-Location statt Wochenmarkt

Anwohner*innen kritisieren aber, dass ein richtiger Wochenmarkt nur freitags und samstags stattfindet, an den anderen Tagen seien die meisten Stände leer. Statt zu einer Markthalle für alle, wie es sich die Nachbarschaft gewünscht hatte, ist der Ort zur tou-



Aldi-Markt oder teure „Esskultur mit Identität“ – sonst nichts?

Foto: Elisabeth Voß

ristischen Event-Location geworden. „Einer der ambitioniertesten Kulinarik-Treffpunkte der Stadt“, schreibt der Tourismusführer Lonely Planet. Nicht weniger als eine „Ernährungswende“ soll auf den Weg gebracht werden, mit Vorträgen, Kunst und Kultur, einem Naschmarkt und dem „Street Food Thursday“ jeden Donnerstag.

Den täglichen Bedarf deckt in erster Linie Aldi ab. Dem Discounter wurde gekündigt, um ihn durch einen dm-Drogeriemarkt des Anthroposophen und Milliardärs Götz Werner zu ersetzen – „eine konzeptionelle Entscheidung“, wie die Betreiber betonen. Doch die Nachbarschaft kämpft nun für den Verbleib von Aldi – ausgerechnet für diesen Handelskonzern, der dafür bekannt ist, dass er den Produzierenden ausbeuterische Bedingungen auferdrückt und damit für Umweltzerstörung und schlechte

Arbeitsbedingungen mitverantwortlich ist. Auch daher die günstigen Preise, auf die jedoch diejenigen angewiesen sind, die sich den „kuratierten Käse“ und das Fleisch von „glücklichen Tieren“ der Markthallen-Händler nicht leisten können.

Lohas – besser als andere

Es geht jedoch nicht nur um Aldi, sondern auch um das Gefühl von vielen, dort nicht mehr erwünscht zu sein. Neben dem Geld spielt auch die Art und Weise des „In-der-Welt-Seins“ eine Rolle, die aus der Zugehörigkeit zu sozialen Schichten resultiert. Der Soziologe Pierre Bourdieu (1930–2002) sprach vom „Habitus“. Er zeigt sich in Körperhaltung und Bewegungsabläufen, in Kleidung und Sprache, im Geschmack und in den Vorlieben. Es ist

eben ein Unterschied, ob ich esse, weil ich Hunger habe, oder ob ich mit dem Genuss erlesener Delikatessen meinen gesellschaftlichen Status zelebriere.

„Lohas“ werden diejenigen genannt, die sich einen „Lifestyle of Health and Sustainability“ (Lebensstil von Gesundheit und Nachhaltigkeit) leisten können, dies zur Schau stellen und sich damit von anderen abheben. Die Markthallen-Betreiber haben sich im Netzwerk „Die Gemeinschaft“ zusammengetan. Dort engagieren sie sich mit Herstellern und Edelrestaurants wie Horváth oder Nobelhart & Schmutzig für „eine deutsche Esskultur mit eigener Identität“. Zum jährlichen Symposium treffen sie sich im September 2019 auf Gut Kerkow, dem Hof von Starköchin Sarah Wiener.

Die „Initiative Kiezmarkthalle“ kritisiert das Renditestreben der Markthalle Neun und möchte die Privatisierung rückgängig machen. Andreas Wildfang von der Initiative betont: „Nur eine re-kommunalisierte Markthalle kann ihre Funktion als zentraler Ort von Versorgung und Kommunikation im Kiez wahrnehmen.“ Einige Gespräche haben bereits stattgefunden, und angesichts der massiven Proteste haben die Betreiber das Zugeständnis gemacht, dass Aldi „vorerst“ in der Markthalle Neun bleiben könne. Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg möchte nun nach den Sommerferien einen Dialogprozess in Gang setzen.

Elisabeth Voß

Weitere Informationen:
Markthallen-Betreiber:
www.markthalleneun.de/nachbarschaftsdialog
Initiative Kiezmarkthalle:
kiezmarkthalle.noblogs.org

Bürger*innen-Asyl Berlin

Viele Berlinerinnen und Berliner aus aller Welt leben mit der Angst, abgeschoben zu werden. Sie sind nur geduldet und müssen regelmäßig zur Ausländerbehörde, um ihre Duldung verlängern zu lassen. Oder sie leben hier illegalisiert ohne Papiere, ohne jeden Anspruch auf Sozialleistungen. Schon für Erwachsene ist dies kaum zu ertragen, ganz besonders betroffen sind Familien mit Kindern.

Die Initiative Bürger*innen-Asyl setzt sich für ein Bleiberecht ein, denn Abschiebungen treten die Menschenwürde mit Füßen. Familien werden auseinandergerissen, Menschen frühmorgens aus den Betten geholt und mit dem Flugzeug dorthin gebracht, wo sie um ihr Leben fürchten müssen. Die Initiative hat sich entschieden: „Diese



Umstände können wir nicht tatenlos hinnehmen.“

Was jede und jeder tun kann: Entweder ein Zimmer für von Abschiebung Bedrohte zur Verfügung stellen, ähnlich dem Kirchen-Asyl. Damit gewinnen die Flüchtlinge Zeit für weitere rechtliche Schritte oder um fehlende Dokumente zu beschaffen. Oder sich öffentlich bereit erklären, eine Person, die von Abschiebung bedroht ist, bei sich zu Hause zu verstecken. Eine entsprechende Kampagne ist in Vorbereitung, und sobald 500 Unterschriften beisammen sind, sollen sie veröffentlicht werden. Damit soll die menschenrechtswidrige Abschiebep Praxis delegitimiert werden.

Bürger*innen-Asyl-Gruppen gibt es bundesweit. Das öffentliche Bekenntnis, Menschen zu verstecken, um sie vor

der Abschiebung zu schützen, erinnert an die Kampagne, mit der 374 Frauen 1971 im Magazin „Stern“ erklärten, dass sie abgetrieben hätten. Mit ihrem Bekenntnis zu einer Straftat protestierten die Frauen gegen das Verbot des Schwangerschaftsabbruchs. Da sie so viele waren, wurden sie nicht strafrechtlich verfolgt. Das Abtreibungsverbot wurde einige Jahre darauf immerhin gelockert. Ob das Bürger*innen-Asyl strafrechtlich verfolgt wird, ist ungewiss. Selbst eine Strafe in Deutschland hätte jedoch für betroffene Aktive weit weniger schlimme Folgen als eine Abschiebung, die für Geflüchtete den Tod bedeuten kann. Elisabeth Voß

Weitere Informationen und Bildquelle:
burger-innen- asyl-berlin.org